

# BÜRGERMEISTERAMT RIEDLINGEN

Gefertigt am 27.05.2010- AZ.: 022.32 - BM/JB  
(Lfd. Nr. 87a / 2010)

## **TOP 6:** Aufarbeitung des Ablaufs der öffentlichen Sitzung vom 17.05.2010 beim TOP 11 - Evtl. erneute Änderung der Geschäftsordnung

Erg. Vorlage an den Gemeinderat

am 31.05.2010 öffentlich

### **Sachverhalt:**

Folgender Entschließungsantrag der Fraktionen CDU, FWV und SPD zu den Vorgängen bei der Gemeinderatssitzung am 17.5.2010 unter dem Tagesordnungspunkt 11 Wünsche, Anfragen und Verschiedenes ging am 27.05.2010 per E-Mail bei der Stadtverwaltung Riedlingen ein:

*„Die genannten Fraktionen bedauern, dass demokratische Gepflogenheiten im Gemeinderat der Stadt Riedlingen von einzelnen Ratsmitgliedern häufig missachtet werden. Seit Beginn der Diskussionen um den Bau der Kernstadt-Entlastungsstraße werden Beschlüsse für die Umsetzung dieses Projektes im Gemeinderat immer mit überwiegender Mehrheit gefasst. Auch die Bevölkerung steht mit einer sehr deutlichen Mehrheit hinter diesem Projekt. Es gehört zu den demokratischen Regeln, dass auch Ratsmitglieder, die anderer Meinung sind, solche mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse respektieren. Im Gemeinderat der Stadt Riedlingen ist leider zu beobachten, dass Ratsmitglieder von der Fraktion „WIR in Riedlingen“ und der Gruppierung „Grüne Liste Riedlingen“ immer wieder den Versuch unternehmen, die Umsetzung mehrheitlich gefasster Beschlüsse bei übergeordneten Behörden und Institutionen zu verhindern. Besonders bedauerlich ist, dass dabei auch vor unwahren Behauptungen und Unterstellungen im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit nicht zurückgeschreckt wird.*

### **Sachverhalt**

*In der Gemeinderatssitzung vom 26. April 2010 behauptete Stadtrat Roland Uhl, dass der Gemeinderat der Stadt Riedlingen von der Verwaltung nicht umfassend informiert werde. Es gebe einen Brief der Deutschen Bahn an die Stadtverwaltung, in dem darauf hingewiesen werde, dass die Deutsche Bahn nicht mehr hinter dem Projekt Kernstadt-Entlastungsstraße stehe. Wörtlich fügte er an: „Was wird hier verschwiegen? Will die Bahn nun doch nicht mehr so, wie die Stadtverwaltung will?“ (Zitat Ende)*

*Bürgermeister Petermann erklärte hierauf, dass es einen solchen Brief nicht gebe. Die Deutsche Bahn habe im Gegenteil bei den letzten Gesprächen immer eindeutig erklärt, dass sie eine zügige Umsetzung des Bauvorhabens wünsche. Stadtrat Roland Uhl beharrte jedoch auf seiner Behauptung und erweckte den Eindruck, dass Bürgermeister Petermann die Unwahrheit sagt, oder gezielt Informationen zurückhält. In der gleichen Sitzung fügte er weiter an, ihm sei ein Aktenvermerk des Regierungspräsidiums Tübingen bekannt, in dem festgehalten sei, dass der Bauabschnitt III des KES politisch absolut nicht durchsetzbar sei. Auch hieraus wurde von ihm unkorrekt und falsch zitiert. Der Aktenvermerk enthält keine diesbezügliche Aussage.*

*In der Gemeinderatssitzung am 17.05.2010 entschuldigte sich Stadtrat Roland Uhl für die falsche Behauptung, der Stadtverwaltung liege ein Brief der Deutschen Bahn vor. Er sagte allerdings gleichzeitig, er wisse dass es ein solches Schreiben gebe, allerdings nicht an die Stadtverwaltung sondern an eine andere Person, deren Namen er aber nicht nennen werde. Hiermit wurde von ihm erneut der Eindruck erweckt, die Deutsche Bahn distanzieren sich von diesem Projekt und ihrer Kostenbeteiligung, ohne dies jedoch belegen zu können, oder zu wollen. In beiden Fällen wird dem Gemeinderat als Ganzem unterschwellig vorgeworfen, er vernachlässige leichtfertig seine Überwachungs- und Kontrollpflichten gegenüber der Verwaltung.*

*Die Gemeinderäte der Fraktionen CDU, FWV und SPD missbilligen eine solche Vorgehensweise im Gemeinderat. Ein solches Verhalten wird den Ansprüchen, die an das Gremium Gemeinderat gestellt werden und die das Gremium auch an sich selbst stellen sollte, in keiner Weise gerecht und stellt eine eindeutige Missachtung der demokratischen Regeln dar.*

Die oben genannten Fraktionen erwarten von allen Gemeinderäten des Riedlinger Gemeinderats in Zukunft die Einhaltung der demokratischen Regeln, ohne die eine Demokratie nicht funktioniert.

Insbesondere erwarten sie,

1. Dass Mitglieder des Gemeinderats, die aus Quellen zitieren, die nicht allen Mitgliedern des Gemeinderats zur Verfügung stehen, diese Quellen sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderats und der Verwaltung zugänglich machen bzw. die Quellen mit Datum, Verfasser, Absender und Empfänger sowie deren vollständigen Wortlaut wiedergeben.
2. Dass Mitglieder des Gemeinderats nach mehrheitlich gefassten Beschlüssen diese demokratischen Entscheidungen auch als solche respektieren und nicht mehr in der Öffentlichkeit oder gegenüber Dritten gegen die Beschlüsse des Gremiums, dem sie selbst mit angehören, arbeiten. Dies stellt ansonsten eine Missachtung der Beschlüsse des Gemeinderats und damit auch eine Missachtung der Mehrheit des Gremiums selbst dar.
3. Dass Gemeinderatsmitglieder ihre Anwesenheitspflicht gem. § 34 Abs. 3 Gemeindeordnung ernst nehmen. Ein Fernbleiben ist nur aus wichtigen Gründen z.B. bei Krankheit oder beruflicher Abwesenheit zulässig. Dabei ist der Grund der Verhinderung anzugeben. Dies gilt sinngemäß auch, wenn ein Ratsmitglied die Sitzung vorzeitig verlässt, bzw. verlassen muss. Diese Pflicht wurde von den Stadträtinnen Kraus-Kieferle und Hund, sowie von Stadtrat Uhl in der Sitzung vom 17. Mai 2010 missachtet. Dadurch war eine abschließende Diskussion zu den vorher erwähnten Themen nicht mehr möglich. Von der Presse ist eine objektive und ausgewogene Berichterstattung über Vorgänge im Gemeinderat erwünscht.

#### **Vertrauen in die Stadtverwaltung**

Die oben genannten Fraktionen sind überzeugt, dass die Verwaltung den Gemeinderat stets über alle wichtigen Fakten ausreichend informiert. Der gesamten Verwaltung wird ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen.

Riedlingen, den 26. Mai 2010

CDU, FWV und SPD Fraktionen im  
Gemeinderat der Stadt Riedlingen“

#### **Annahme der EntschlieÙung:**

Bürgermeister Petermann wird als Sitzungsleiter namentlich feststellen, welche Mitglieder diesem EntschlieÙungsantrag beitreten wollen. Er wird sich dabei zum Gesamtwortlaut enthalten, erklärt aber zu Protokoll, dass er den Ziffern 1 – 3 dieser EntschlieÙung ausdrücklich zustimmt.